



Am Samstag unterzeichnete Präsident Donald Trump eine Anordnung, die Englisch offiziell zur Landessprache der Vereinigten Staaten macht. Damit wird eine langjährige Forderung der sogenannten „English-Only“-Bewegung umgesetzt, die sich seit Jahrzehnten für eine einheitliche Amtssprache auf Bundesebene einsetzt.

Die Anordnung selbst bringt keine verpflichtenden Änderungen mit sich. Bundesbehörden müssen nicht sofort ihre bisherigen Mehrsprachigkeitsrichtlinien anpassen. Dennoch gilt dieser Schritt als symbolischer Sieg für diejenigen, die eine stärkere Betonung der englischen Sprache im öffentlichen Leben fordern. Mehr als 30 Bundesstaaten hatten Englisch bereits als offizielle Sprache anerkannt – nun zieht die Bundesebene nach.

Was ändert sich durch die Anordnung?

Ein zentraler Punkt der Anordnung ist die Aufhebung einer Regelung aus der Clinton-Ära, die Bundesbehörden und Empfänger von Fördergeldern verpflichtete, Sprachunterstützung für Nicht-Englischsprecher bereitzustellen. Künftig liegt es im Ermessen einzelner Behörden, ob sie weiterhin Dokumente und Dienstleistungen in anderen Sprachen anbieten. Das betrifft unter anderem Formulare für Sozialleistungen, medizinische Informationen und Wahldokumente.

In der Anordnung heißt es: „Die Festlegung von Englisch als offizieller Sprache wird nicht nur die Kommunikation vereinfachen, sondern auch gemeinsame nationale Werte stärken und eine kohärentere und effizientere Gesellschaft schaffen.“

Eine Entscheidung mit weitreichenden Folgen

Obwohl Englisch in den USA ohnehin die dominierende Sprache ist und in offiziellen Dokumenten sowie im Regierungsgeschäft verwendet wird, gab es bislang keine gesetzliche Festlegung auf Bundesebene. Mit der neuen Anordnung wird erstmals eine landesweite sprachliche Einheit festgelegt – ein Schritt, der sowohl Unterstützung als auch Kritik hervorruft.

Befürworter sehen darin einen notwendigen Schritt, um nationale Werte und Identität zu festigen. Ihrer Meinung nach sei eine gemeinsame Sprache ein essenzieller Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Maßnahme erleichtere zudem die Integration von Einwanderern, da sie den Druck erhöhe, Englisch zu lernen und zu nutzen.

Kritiker hingegen warnen vor einer Marginalisierung nicht-englischsprachiger



Gemeinschaften. Gerade in Städten mit hoher kultureller Vielfalt – von New York über Los Angeles bis Miami – sei Mehrsprachigkeit längst gelebte Realität. Menschen, die erst vor Kurzem eingewandert sind oder älteren Generationen angehören, könnten nun erschwerten Zugang zu wichtigen Informationen und Dienstleistungen haben.

Praktische Auswirkungen: Einheit oder Chaos?

Eine spannende Frage ist, wie sich die Umsetzung dieser Anordnung in der Praxis gestalten wird. Da die Entscheidung über fremdsprachige Dienstleistungen künftig bei den einzelnen Behörden liegt, könnte es zu einer uneinheitlichen Handhabung kommen. Während einige Ämter ihre bisherigen Angebote in Spanisch, Chinesisch oder anderen Sprachen beibehalten, könnten andere strikt auf Englisch umstellen.

Besonders im Bildungswesen und Gesundheitssektor könnten sich Herausforderungen ergeben. Bisher wurden in vielen Schulen zweisprachige Programme angeboten, um Schülern mit anderer Muttersprache den Übergang zu erleichtern. Ob diese Programme weiterhin in vollem Umfang bestehen bleiben, wird sich zeigen.

Politische und gesellschaftliche Dimension

Die Entscheidung reiht sich in eine Reihe von Maßnahmen der Trump-Regierung ein, die auf eine stärkere nationale Identität und eine striktere Einwanderungspolitik abzielen. Bereits in seiner ersten Amtszeit hatte Trump härtere Maßnahmen gegen illegale Einwanderung eingeführt und den Zugang zu staatlichen Leistungen für Nicht-Staatsbürger eingeschränkt.

Mit der offiziellen Festlegung von Englisch als Landessprache setzt er nun ein weiteres Signal. Es geht nicht nur um Bürokratie oder Effizienz – sondern auch um die Grundsatzfrage, wie viel sprachliche Vielfalt die Vereinigten Staaten zulassen wollen.

Ein Land, das seit jeher von Einwanderung geprägt ist, steht damit vor einer entscheidenden Weichenstellung. Bedeutet diese Anordnung eine Rückbesinnung auf gemeinsame Werte – oder ist sie ein Schritt hin zu einer Ausgrenzung nicht-englischsprachiger Bürger?

Die kommenden Monate werden zeigen, welche konkreten Konsequenzen diese Entscheidung nach sich zieht. Klar ist: Die Diskussion über Sprache und nationale Identität in den USA wird durch diese Anordnung nicht beendet, sondern erst richtig entfacht.

Von C. Hatty